

Giliiar Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Bresernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Ankündigungen nimmt die Verwaltung gegen Berechnung billigster Gebühren entgegen. Bezugspreis: Vierteljährig K 18.—, halbjährig K 36.—, ganzjährig K 72.—. Fürs Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 70 Heller

Nummer 21

Gilli, Donnerstag den 18. März 1920

2. [45.] Jahrgang

Nutzenwendung.

Professor Masaryk hat an seinem 70. Wiegenfeste das Bekenntnis zum allmählichen Menschentum abgelegt. Aus der Tiefe seines abgeklärten Geistes, aus der Fülle seines vielbewegten Lebens hat er die Lehren geschöpft, die er der jungen tschechoslowakischen Republik als Leitmotiv für ihre ferneren Ziele erteilt. Sein Bekenntnis zur Humanität ist sein politisches Testament an die tschechische Nation.

Aber Philosophen haben ihr eigenes Schicksal. Ihre Ideen, die sich über das Getriebe des Alltags erheben, werden von der breiten Menge nicht erfasst, ihre Ratschläge, die der Vereblung und Vervollkommnung des Menschengeschlechtes gelten, in der Gegenwart durch Worte und Akte der Leidenschaft erwidert. Erst die Zukunft bringt ihren Lehren Verständnis und Verwirklichung.

Das Recht des einzelnen Menschen, seinem gläubigen Sinne die freigewählte Form zu geben, erscheint uns Bürgern des zwanzigsten Jahrhunderts, die wir uns modern dünken, als pure Selbstverständlichkeit. Aber der Weg, der zu dieser Erkenntnis führte, ist mit Tränen genezt und mit Blut besetzt. Der Zwang, dem Mitmenschen eine ihm mißliebige Konfession aufzudrängen, konnte nur nach jahrhundertelangen staatlichen Erschütterungen und kriegerischen Verwicklungen abgeschafft werden.

Der Kampf unserer Tage wogt um das Bekenntnis zum Volkstum. Professor Masaryk erkennt die Kleinlichkeit des Zankes, der den Fortschritt hemmt; aber er vertraut auf die sieghafte Idee der Menschlichkeit, die sich zwar hindern, jedoch nicht aufhalten läßt. Seinem Volke ruft er mahnend zu,

daß die Abwehr von Gewalt natürlich, notwendig und sittlich völlig berechtigt sei.

Der greise Philosoph wird von seinen Zeitgenossen noch nicht verstanden. Sie vergenden ihre Mühe auf die Uebermalung und Entfernung nichttschechischer Straßentafeln, auf die Befehdung andersvölkischer Sprachgebrauches, auf die künstliche Konstruktion von Wahlkreisen und auf gewaltsame Vertschegung und Rückvertschegung andersnationaler Bevölkerungselemente. Das ist eine kraft- und zeitverzehrende Arbeit, aus der die gesamt menschliche Entwicklung, die humanistische Vervollkommnung keinen Nutzen zieht.

Für die Menschheit arbeiten, sagt Professor Masaryk, heißt für seine eigene Nation arbeiten und für jenen bestimmten Teil der Nation, mit dem wir verbunden sind. Die Störung anderssprachiger Vorstellungen in Brünn läßt sich unter den Begriff dieser Arbeit schwerlich einbeziehen. Aber Masaryk erklärt ja auch, daß es den Menschen schwer fällt, alte Anschauungen und Gewohnheiten zu überwinden und auf die Höhe jener Forderungen emporzuwachsen, die sie selbst begeistert aufnehmen und künden.

Professor Masaryk hat seine tiefgründige Geschichtskennntnis durch Reisen ins Ausland erweitert und der grauen Theorie durch Beobachtung von Land und Leuten inhaltvolles Leben eingehaucht. Er bekennt sich, indem er die Nutzenwendung aus seinen Erfahrungen zieht, zur staatsbürgerlichen Gleichheit aller Staatsbewohner und erklärt, ein Volk politisch unterdrücken bedeute, es gleichzeitig auch wirtschaftlich und sozial unterdrücken. Dieser Satz beleuchtet die gegenwärtigen Zustände in der tschechoslowakischen Republik, wo das Ausmaß der politischen Freiheit nach einer nationalen Rangordnung abgestuft ist.

Dennoch ist die Botschaft Professor Masaryks nicht umsonst gesprochen. Sie klingt wie die Fanfare der Zukunft in die düster-enge Gegenwart. Masaryks Worte wird der unverwehbare Geist der ihnen inwohnenden Ideen zum Triumphe führen und die wirtschaftliche Not, das soziale Elend der Menschheit wird ihren Siegeslauf beschleunigen.

Spätere Geschlechter werden über die Nationalitätenstreitigkeiten und Entvölkerungsbestrebungen unserer Tage ähnlich urteilen wie wir sogenannte modernen Menschen über die Kreuzzüge und Religionskämpfe des Mittelalters. Aber sie werden auch erkennen, daß die gegenwärtige Zeit eine zwar besauerliche, aber naturgemäße Uebergangsphase war auf dem Wege zu höherer Menschlichkeit und Gesittung.

Das Verhältnis der Nation zur Menschheit.

Der Präsident der tschechoslowakischen Republik Masaryk hat vor kurzem seinen 70. Geburtstag gefeiert. Aus diesem Anlasse begaben sich die Mitglieder der Prager Nationalversammlung mit ihrem Präsidenten Tomášek in die Burg, um dem Jubilanten ihre Glückwünsche darzubringen. Präsident Masaryk dankte ihnen in einer längeren Ansprache, in welcher er u. a. ausführte:

Der Weltkrieg stellt den Anfang einer neuen Zeit dar, den Beginn der Menschheit und der Menschlichkeit. Jede Nation hat die Sehnsucht, über ihre Grenzen hinaus zu wachsen und sich an das Ganze des Menschentums anzuschließen. Es ist unsere Aufgabe, unser nationales Streben in Uebereinstimmung zu bringen mit dem Streben anderer

Der König und der weise Grieche.

Im fernen Griechenland lebte einst ein Herrscher, der die Königskrone trug, ein großes Reich besaß und Philipp hieß. Er hielt einen weisen Griechen wegen dessen Vergehen in Gefangenschaft. Der war so weise, daß sein Geist bis hinter die Sterne reichte.

Eines Tages wurde dem Herrscher aus einer Landschaft Spaniens ein Streitross von großer Schönheit zum Geschenk gebracht. Er befragte die kundigen Hufschmiede um die Güte des Hengstes. Da ward ihm die Antwort, daß er in seinem Kerker einen erhabenen Meister gefangen halte, der alle Dinge verstehe, den solle er befragen. Er ließ das Streitross vorführen, nahm den Griechen aus dem Gefängnis und sprach zu ihm:

„Meister, sag' mir, was dieses Streitross wert ist. Man hat mir berichtet, daß Du sehr weise bist.“

Der Grieche besaß das Ross und meinte dann: „Herr, das Pferd ist von sehr schönem Bau, aber ich muß Dir sagen, daß es mit Eselmilch aufgezogen wurde.“

Der König ließ in Spanien nachforschen und erfuhr, daß man das Füllen mit Eselmilch genährt hatte, da die Stute verendet war. Darob erstaunte der König sehr und befahl, dem Griechen täglich ein halbes Brot auf Kosten des Hofes zu geben.

Eines Tages sammelte der König alle seine kostbaren Edelsteine um sich und schickte nach dem gefangenen Griechen, zu dem er sprach:

„Meister, Du besitzt große Weisheit und ich glaube, daß Du alles erkennst. Sag, erkennst Du auch

die Tugend der Edelsteine? Welcher erscheint Dir am kostbarsten?“

Nachdem der Grieche die Steine geprüft hatte, fragte er: „Herr, welcher ist Dir am teuersten?“

Der König zog einen besonders schönen Stein hervor: „Meister, diesen finde ich schöner und wertvoller als die anderen.“

Der Grieche nahm den Stein in die Hand, schloß die Faust, brachte sie ans Ohr und sprach: „Herr, da drinnen haust ein Wurm.“

Der König ließ Edelsteinschleifer holen und den Stein zerschlagen. Und man fand in besagtem Stein einen lebenden Wurm. Da lobte der König den Weisen, dessen Geist so wunderbar war und befahl, ihm täglich ein ganzes Brot auf Kosten des königlichen Hofes zu geben.

Einige Tage später kamen dem Könige Zweifel über die Rechtmäßigkeit seiner Geburt. Er schickte nach dem Griechen, nahm ihn beiseite und begann:

„Meister, ich glaube, daß Deine Weisheit groß ist, ich habe es deutlich erfahren bei den Dingen, nach denen ich Dich gefragt habe. Nun will ich, daß Du mir sagst, wessen Sohn ich bin.“

„Herr“, erwiderte der Grieche, „welche Frage stellst Du mir da! Du weißt doch ganz genau, wer Dein Vater war.“

Hierauf der König: „Antworte ehrlich, sag' die reine Wahrheit, sonst lasse ich Dich eines schimpflichen Todes sterben.“

Da mußte der Grieche gehorchen: „Herr, ich sage Dir, daß Du der Sohn eines Bäckers bist.“

Da schrie der König: „Das will ich von meiner

Mutter erfahren.“ Und er ließ seine Mutter holen und bestürmte sie mit wütenden Drohungen. Da half kein Leugnen, sie mußte die Wahrheit gestehen.

Nun schloß sich der König mit dem Griechen in ein Zimmer ein und befragte ihn folgendermaßen: „Meister, ich habe große Proben Deiner Weisheit gesehen, ich bitte Dich, sag' mir, woher weist Du diese Dinge?“

„Herr“, versetzte der Grieche, „das will ich Dir offenbaren. Ich habe sogleich erkannt, daß das Pferd mit Eselmilch aufgezogen wurde, als ich sah, daß es die Ohren hängen ließ. Das ist nicht die Art der Pferde. Den Wurm im Stein habe ich auf folgende Art erkannt: Die Steine sind doch natürlicherweise kalt und ich fand, daß inner Stein warm war. Warm konnte er nur dann sein, wenn ein lebendes Tier darinnen wohnte.“

„Wie hast Du aber erraten können, daß ich der Sohn eines Bäckers bin.“

Da erwiderte der Grieche: „Herr, als ich Dir so wunderbare Dinge über das Streitross sagte, gewährtest Du mir ein halbes Brot täglich und als ich Dir vom Stein sprach, gewährtest Du mir ein ganzes Brot. Sieh, da begriff ich, wessen Sohn Du bist. Würst Du der Sohn eines Königs, so hättest Du eine ganze Stadt für eine allzu armselige Gabe gehalten. Aber Deiner wahren Natur nach mußte Dir ein Brot eine genügende Belohnung scheinen. So hätte auch Dein Vater gehandelt.“

Da erkannte der König seine Engherzigkeit, entließ den Griechen aus dem Kerker und beschenkte ihn mit reichen Gaben.

Nationen und der gesamten Menschheit. Für die Menschheit arbeiten, bedeutet nicht, phantastisch durch die ganze Welt zu schweifen, sondern legt jedem von uns die Pflicht auf, für die eigene Nation und für jenen bestimmten Teil der Nation zu arbeiten, mit dem wir verbunden sind und dem wir durch unsere Handlungen nützen oder schaden können.

Für die tschechische Politik gibt es nur eine Richtlinie: europäisch sein, menschlich sein, weltumspannend und so in Wahrheit tschechisch und slowakisch sein. Und das gilt für alle unsere Beziehungen zu den Völkern Europas und der ganzen Welt, es gilt das für unseren Handel, für unsere Tätigkeit, überhaupt für unser ganzes nationales Leben.

Für unser Verhältnis zu den anderen Nationen unseres Staates ist das humanistische Programm zielgebend. Gegenseitiges Kennenlernen, gegenseitiger wirtschaftlicher und kultureller Verkehr kann und soll aus unserer Republik ein Muster für Europa und die ganze Menschheit machen.

Das humanistische Programm ist nicht das Programm irgend eines schwächlichen Pazifismus und einer energielosen Nachgiebigkeit. Gerade die Liebe zum Nächsten, zur Nation und zur Menschheit legt jedem Mann die Pflicht auf, sich auf das energiegelichste zu wehren, allem Bösen konsequent, überall und in allem zu widerstreben.

Sich wehren, bedeutet nicht vergewaltigen, sich wehren bedeutet die Waffen zu gebrauchen zur Abwehr von Gewalt. Verteidigung entspringt nicht der Herrschsucht, im Gegenteil; daher ist sie natürlich, sie ist notwendig und sittlich völlig berechtigt.

Die Unterdrückung der Nationalität in der Zeit des Absolutismus entsprang aus derselben aristokratischen Herrschsucht und Habgier, wie die wirtschaftliche und soziale Unterdrückung. Ein politisch unterdrücktes Volk ist gleichzeitig wirtschaftlich und sozial unterdrückt.

Durch den Krieg und seine Anarchie erkläre ich mir, daß, wie anderwärts, auch bei uns sich viele in Plänen irgend einer wunderbaren Revolution wiegen. Ich sehe, wie schwer es den Menschen fällt, alte Anschauungen und Gewohnheiten zu überwinden, und wie schwer es ihnen ist, auf die Höhe jener Forderungen emporzuwachsen, die sie selbst begeistert aufnehmen und verkünden. Alle rufen wir nach Entfesterung. Aber hier handelt es sich nicht bloß um Beseitigung der Verfassungsform, hier geht es um einen Wechsel unseres ganzen sittlichen Habitus.

Die Stellung der Deutschen im SHS-Staate.

Nach demokratischer Auffassung.

In der Nummer vom 11. März veröffentlicht Slovenski Narod, das Organ der slowenisch-demokratischen Partei, weitere Einzelheiten aus der Rede, die der frühere Landespräsident Dr. Zerjav bei der Marburger Versammlung am 7. März gehalten hat. Uns interessieren vor allem die Ausführungen, die der Redner an die Adresse der jugoslawischen Staatsbürger deutscher Abstammung gerichtet hat. Dr. Zerjav erklärte, dem genannten Blatte zufolge, folgendes:

Unser Staat ist in nationaler Beziehung einheitlich. Die Splitter fremder Abstammung sind so geringfügig, daß wir ruhig als Staatsgrundsatz annehmen können: Volk und Staat ist eines und dasselbe. Der Staat der Serben, Kroaten und Slowenen kennt nur eine Nation: das Volk der Serben, Kroaten und Slowenen. Damit leugnen wir nicht, daß Nationalitäten bestehen, welche sich mit den gleichen Rechten kulturell und wirtschaftlich entwickeln und vor allem auch ihre Sprache pflegen können. Die Italiener in Nizza sind ein Teil der französischen Nation und niemand von ihnen denkt an Italien.

Auch politisch können sie sich selbstverständlich als gleichberechtigte Staatsbürger betätigen, aber wir können es nicht zulassen, daß sich z. B. die Deutschen als besondere politische Partei organisieren. Das würde von selbst das Bestreben bekunden, daß

sie sich als Nation im Staate selbständig machen wollen. Das wäre eine Kampfansage, mag der Name der Partei und das Programm noch so farblos sein. Wir wünschen diesen Kampf nicht.

Jenen, welche in Wahrheit Slowenen sind, die aber der politische Zant (besonders die klerikale Politik) mit den Deutschen unter Oesterreich in eine Reihe gestellt hat, ist die Rückkehr zur Nation freigegeben. Wir sind der Nachsicht bar und verschmähen die Taktik der Hacke. Der verlorene Sohn findet den Weg zu uns zurück.

Aber auch die Deutschen selbst sind von der politischen Arbeit nicht ausgeschlossen, wenn sie sich nach ihrer kulturellen und sozialen Ueberzeugung den heimischen jugoslawischen Parteien angliedern. Natürlich, wer noch über die Grenze schießt, den werden wir vernichten, und wer die Deutschen als eigene Nation konstituieren und in den Kampf führen wollte, den werden wir unschädlich zu machen wissen.

Unsere gesamte Partei kann diese persönlichen Grundsätze ohne Furcht aussprechen. . . Von klerikaler Seite lehnen wir jeden Vorwurf ab, wenn wir heute als verantwortliche Staatsbürger der deutschen Nationalität die Möglichkeit bieten, daß sie in unserem Staate ein ruhiges Obdach findet.

Aus der Nationalvertretung.

Der Präsident Dr. Draža Pavlović eröffnete am 9. März die 73. Sitzung der Nationalvertretung um 9 Uhr vormittags. Nach Uebergang zur Tagesordnung beantwortete der Innenminister Marko Trifković die Anfrage des Abgeordneten Vase Knežević bezüglich des Verbotes der sozialdemokratischen Kundgebung in der Stadt Belgrad. Die Verfügung sei erlassen worden, weil in der Nähe des Parlamentes sich zahlreiche Staatsämter und diplomatische Vertretungen befinden. Dies sei eine in allen parlamentarischen Staaten übliche Gepflogenheit. Aus diesem Grunde sei er nicht in der Lage, das Verbot des Stadtmagistrates Belgrad aufzuheben. Im Namen der Agrarpartei entwickelte darauf der Abgeordnete Dragić Muzić das Programm seiner Partei und sprach schließlich der Regierung das Mißtrauen aus, weil sie nicht den Ausdruck des Volkswillens vorstelle. Nur eine Konzentrationsregierung könne dafür bürgen, daß die Interessen der Bevölkerung am besten gewahrt werden. Sodann hielt der Abgeordnete Dr. Smobaka seine Jungfernrede und äußerte seine Begeisterung über Serbien, welches die dreieinige Nation befreit habe. Er ist der Meinung, daß der Staat erst dann zu einer inneren Ordnung gelangen werde, wenn die Staatsgeschäfte von einer Regierung verwaltet würden, die über den Parteien steht. Die erste Pflicht des Parlamentes sei es, dahin zu wirken, daß das persönliche Regime im Staate beseitigt werde. Er forderte eine stärkere Regierung mit einer stärkeren Mehrheit und verlas darauf die Erklärung seines Klubs. Im Namen der demokratisch-republikanischen Partei ergriff sodann das Wort der Abgeordnete Jaska Prodanović. In der Außenpolitik verlange seine Gruppe die vollständige Vereinigung der dreieinigen Nation. In der inneren Politik sprach er sich für die rascheste Durchführung der Wahlen aus, da die heutigen Gruppierungen im Parlamente systemlos und programmlos zusammengesetzt seien. Der abgetretenen Regierung machte er den Vorwurf, daß sie in vielen Beziehungen das demokratische Prinzip verletzt habe. Er erinnerte an die Zensur und an den Fall des Stephan Radić. Darauf verbreitete er sich über die Rechte der Minderheiten im Parlamente und über die Tätigkeit unverantwortlicher Faktoren im Staate. Er polemisierte gegen die Regierungserklärung und setzte ihr die Forderung seines Klubs entgegen. Der Ministerpräsident Stojan Protić, welcher darauf zu Worte kam, bedauerte die Rede des Vorredners, weil dieser über den Träger der Krone in einer unparlamentarischen Weise gesprochen habe. Nach der serbischen Verfassung sei der Herrscher unverantwortlich; wenn irgend etwas gegen das Gesetz geschehen wäre, so müsse die Regierung zur Verantwortung gezogen werden. Dem Parlamente müsse es gleichgültig sein, was für Beziehungen zwischen der Krone und der Regierung beständen und was für Ratschläge die Minister dem Herrscher unterbreiten. Es sei unzulässig, daß von der Parlamentstribüne aus für die Republik Propaganda gemacht werde. Hierzu ständen den Republikanern die Parteiblätter und die öffentlichen Versammlungen zur Verfügung. Der Minister-

präsident bedauerte auch, daß der Präsident der Nationalvertretung dem Vorredner das Wort nicht rechtzeitig entzogen habe. Nachdem der Abgeordnete Prodanović und der Präsident der Nationalvertretung auf diese Ausführungen des Ministerpräsidenten erwidert hatten, wurde die Sitzung um 12 Uhr 15 Minuten nachmittags geschlossen.

Die 74. Sitzung der Nationalvertretung wurde am 10. März um halb 10 Uhr vormittags eröffnet. Der Obmann der montenegrinischen Gruppe Marko Davidović kam als erster Redner zu Worte. Er polemisierte gegen die jetzige Regierung, welche durch Geheimverträge der ihr angehörigen drei Parteien entstanden sei und Stammes- und Lokalpolitik betriebe. Er bekannte sich für die völlige Einheit des Staates und warnte die Regierung, die separatistischen Ideen unter den Kroaten und Slowenen zu propagieren. Nach einer Erwidern des Handelsministers Ribarac, der gegen die vom Vorredner vorgebrachten Verleumdungen protestierte, wurde die Sitzung um halb 1 Uhr nachmittags unterbrochen.

Nach Wiederaufnahme der Beratungen um halb fünf Uhr erregte der Vertreter der demokratischen Vereinigung Milorad Drašković einen großen Lärm im Parlamente, als er unter Hinweis auf die Regierungsparteien von staatsfeindlichen Elementen sprach. Die nachfolgenden Redner ergingen sich in Parteistreitigkeiten, worauf die Sitzung um 7 Uhr abends geschlossen wurde.

Der Präsident Pavlović eröffnete am 11. März um halb 10 Uhr vormittags die 75. Sitzung der Nationalvertretung. Nach Uebergang zur Tagesordnung polemisierte der Abgeordnete Sujović gegen die Regierung, welche gar nichts geleistet habe und eigenmächtig vorgegangen sei. Er verlangte die Regelung des Verkehrs, die Demobilisierung des Heeres und die Durchführung der Rekrutierung. Der Abgeordnete Korac forderte von der Regierung eine günstige Lösung der Valutafrage mit Rücksicht auf die Slowenen und Kroaten und die Schaffung des Wahlgesetzes, sei es auf parlamentarischem Wege, sei es mittels Otkrot. Ministerpräsident Protić erklärte, daß die Regierung nur die Wahlen auf parlamentarischem Wege vorbereiten wolle. Andere bringende Arbeiten müsse dann die neugewählte gesetzgebende Nationalversammlung erledigen. Unter großer Erregung der demokratischen Vereinigung erklärte er sodann, daß der frühere Finanzminister Dr. Beljković dem Volke auf betrügerische Weise eine Milliarde herausgelockt habe, indem er bei der Selbsteinstempelung 20% des Volkvermögens einzuziehen ließ. Der frühere Finanzminister hätte dieses Geld in die Staatskassen legen müssen, um auf diese Weise die Valuta zu verbessern, und hätte es nicht in den Verkehr bringen dürfen. Beljković aber habe diese Milliarde in 3 bis 4 Monaten verschleudert. Der Ministerpräsident Protić kündigte ferner an, daß die gegenwärtige Regierung nicht früher den Posten verlassen werde, bis das Parlament und der Staat die Situation erkennen werden, in der wir uns befinden. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

Der Präsident Pavlović eröffnete am 12. März die 76. Sitzung der Nationalvertretung. Es entspann sich eine längere Debatte zwischen dem früheren Finanzminister Dr. Beljković und dem Ministerpräsidenten Protić. Beljković erklärte, daß im Voranschlage 2800 Millionen Kronen Einnahmen und 6200 Millionen Kronen Ausgaben eingestellt waren. Um dieses ungeheure Defizit zu decken, sei nichts anderes übrig geblieben, als das bei der Notenmarkierung der Bevölkerung abgenommene Geld sich von der Nationalbank als Betriebskapital auszuleihen. Ministerpräsident Protić erwiderte, daß die 20% vom Staate eingezogen worden seien, um, wie damals amtlich verkündet wurde, die Valuta zu verbessern. Infolgedessen hätten diese 20% verbrannt, nicht aber neuerdings in den Verkehr gebracht werden dürfen. Deshalb sei der Vorwurf der Täuschung und des Betruges vollauf berechtigt. Wenn eine innere Anleihe notwendig war, so hätte man es der Bevölkerung offen und ohne Winkelzüge mitteilen müssen. Darauf entspann sich im Parlamente eine längere Erörterung über die Beschlußfähigkeit des Hauses. Nach der Rede des Dr. Rejić, der ausführlich über die Agrarreform in Bosnien sich verbreitete, schloß der Präsident Pavlović um halb 3 Uhr nachmittags die Sitzung.

Politische Rundschau. Inland.

Die Budgetzwölffel.

Der Finanzminister hat der Nationalvertretung den Gesetzentwurf über die Budgetzwölffel vom

September v. J. bis zum März l. J. zur nachträglichen Genehmigung vorgelegt. Zur Deckung des Fehlbetrages wird die Erhöhung verschiedener Taxen, Gebühren und Zuschläge gefordert. Der bei der Banknoten-Abstempelung rückbehaltene 20prozentige Abzug soll in eine innere Anleihe mit fünfjähriger Dauer bei einprozentiger Verzinsung umgewandelt werden. Um das Gleichgewicht im Staatshaushalte herzustellen, verlangt der Finanzminister die Ermächtigung zur Aufnahme einer ausländischen Anleihe im Betrage von 500 Millionen Francs.

Okkupierte Gebiete.

Der Gesetzentwurf über das neue Budgetzölftel hat in kroatischen und slowenischen Kreisen große Bestürzung hervorgerufen. Die neuen Gebiete, die außerhalb Altserbiens liegen, werden im Gesetzentwurf als okkupierte Länder bezeichnet. Besonders ausdrücklich wird in der Vorlage vom besetzten Kroatien gesprochen.

Eine herausgelockte Milliarde.

Der Ministerpräsident Protic hat dem früheren Finanzminister Dr. Beljovic in offener Parlaments-sitzung vorgeworfen, daß er bei der Banknotenabstempelung (s. i. durch Rückbehaltung der 20 Prozent) dem Volke auf betrügerische Weise eine Milliarde herausgelockt und die ganze Summe verschleudert habe. Wenn eine innere Anleihe notwendig war, hätte die Bevölkerung darüber offen aufgeklärt, nicht aber getäuscht werden sollen. Diese Erklärung, schreibt Slovenec, hat die Demokraten sehr abgebrüht.

Bevorstehende Enthüllungen.

Wie Slovenec zu berichten weiß, wird die neue Regierung die korrupte Wirtschaft enthüllen, die unter der früheren demokratisch-sozialistischen Regierung im Schwange war. Das habe der Ministerpräsident Protic mit der Erklärung angekündigt, daß die neue Regierung dem Volke die Augen öffnen wolle, in welcher Lage es sich befindet.

Berminderung des Beamtenstandes.

Einer Meldung der Politika zufolge wird die Regierung den Beamtenstand überprüfen und die Zahl jener Beamten, deren Stellen im Voranschlag nicht angeführt seien, herabsetzen.

Vom Marburger Zollamt.

Serbische Blätter berichten, dem Slovenec zufolge, daß das Finanzministerium ungefähr 30 Zollbeamte nach Marburg gesendet hat, um beim dortigen Zollamt Ordnung zu machen. Die Marburger Beamten arbeiten mit aller Gemächlichkeit. Sobald jemand mit ungestempelten Kronen komme, unterbrechen sie ihre Tätigkeit und beginnen Kronen zu stem-peln. Es fehle an den für die Verzollung notwendigen Einrichtungen und Meßgeräten, ja selbst an einer Wage. Die Kaufleute bringen daher zur Verzollung ihrer Waren eigene Gewichte mit, welche beträchtlich leichter seien als die geeichten. Der Zoll wird erst dann eingefordert, wenn die Waren verkauft seien. Die serbischen Zollbeamten hätten mit dieser Wirtschaft aufgeräumt und an Zollgebühren in Monats-sicht ungefähr 30 Millionen Kronen eingehoben.

Ausland.

Umsturz in Deutschland.

Am 13. März sind militärische Abteilungen unter dem Kommando des Generals Oldershausen in die Stadt Berlin eingerückt und besetzten die in der Nachbarschaft des Tiergartens gelegenen Bezirke. Die Marinebrigaden Erhard und Löwenfeld sandten der sozialistischen Regierung ein Ultimatum, worin sie sie zum Rücktritt aufforderten. Da die Regierung das Ultimatum ablehnte, brangen die Truppen weiter in die Stadt vor, ohne Widerstand zu finden. Denn die den Aufständischen entgegen gesandten Regierungstruppen verweigerten den Gehorsam. Die Mitglieder der Regierung mit Präsidenten Ebert und Reichskanzler Bauer an der Spitze flüchteten am Morgen des 14. März in Automobilen aus der Stadt. Die Aufständischen setzten eine aus acht Mit-gliedern bestehende neue Regierung ein und ernann-ten zum Präsidenten der Deutschen Republik den General Karl Adolf Paul-Paul, zum Reichskanzler den Landwirtschaftsminister Ratt und zum militäri-schen Oberbefehlshaber den General von Lüttwitz. Die neue Regierung erließ eine Kundmachung, in welcher sie die Freiheit und die Arbeit als Leitziel ihrer Tätigkeit bezeichnete. Die deutsche National-versammlung und der preussische Landtag wurden aufgelöst und der Belagerungszustand über ganz Deutschland verhängt. Die gegenwärtigen Gesetze und Verordnungen bleiben in Kraft, die Beamten be-halten ihre Posten. Unter der Einwirkung dieser Vor-

gänge vereinigten sich die bisher getrennten Gruppen der gemäßigten, unabhängigen und kommunistischen Sozia-len demokraten, um den gemeinsamen Widerstand gegen die neue Regierung zu organisieren. In einem Aufrufe, den die sozialistische Vereinigung an die Arbeiter Deutschlands richtete, wurden die Parteige-nossen aufgefordert, die allgemeine Arbeitseinstellung zu beschließen und die Rückkehr des Ex Kaisers Wilhelm und der preussischen Junker mit Gewalt zu verhindern. Die neue Regierung verbot das wei-tere Erscheinen der beiden in Berlin herausgegebenen sozialistischen Blätter Vorwärts und Freiheit. Die aufständische Bewegung macht im ganzen Reiche Fortschritte, wenngleich sich die süddeutschen soziali-stischen Regierungen zum Kampfe gegen die von Berlin ausgehende Umwälzung entschlossen zu haben scheinen. Jedenfalls werden die nächsten Tage und Wochen wichtige Ereignisse in der Deutschen Republik bringen, welche nicht nur auf die benachbarten Länder, sondern auf alle Staaten der Erde von bestimmendem Einfluß werden können. Für den ruhigen Beurteiler ist der neue Umsturz in Deutschland nicht überra-schend gekommen. Es war vorauszu sehen, daß auf das sozialistische Extrem eine konservative Gegenströ-mung folgen würde und daß nur eine Regierungsmehrheit, die sich auf die mittleren Gruppen stützt, die Bürgerschaft des Bestandes in sich birgt. Aber der Zeitpunkt der Umwälzung ist erstaunlich, da weder die wirtschaftliche Krise im Innern, noch die außen-politischen Spannungen unter den gegenwärtigen Umständen jemanden zur Uebernahme der Regierungsgeschäfte reizen können. Die neuen Männer müssen jedenfalls trübselige Gründe zu ihrem Eingreifen haben und sich des Erfolges ihrer Aktion sicher sein.

Entente-feindliche Kundgebungen in Deutschland.

In Berlin, Bremen und in anderen Orten Deutschlands haben in der jüngsten Zeit Kundge-bungen gegen Mitglieder der auf deutschem Boden weilenden Entente-Kommissionen stattgefunden. Be-sonders französische Offiziere, die durch ihr heraus-forderndes Benehmen den Unmut der Bevölkerung reizten, waren das Objekt der wörtlichen und tät-lichen Angriffe. Die deutsche Presse ermahnt die Be-völkerung zur Besonnenheit, weil für die in der Aufwallung begangenen Taten die Gesamtheit des Volkes haften müsse. Die deutsche Regierung hat der Entente ihr Bedauern über die Vorfälle ausge-sprochen und die strenge Bestrafung der Schuldigen angekündigt.

Französische Maßnahmen im Saargebiet.

Der französische General Wirbel hat den Ein-wohnern des Saargebietes das Tragen von Spazier-stöcken verboten, da diese als Waffen verwendet wer-den können. Ferner hat er den Einwohnern unter-sagt, sich hinter den Fenstern ihrer Wohnungen zu zeigen; das französische Militär habe den Auftrag, die Fenster zu kontrollieren und auf den dahinter vermuteten Schatten zu schießen.

Die deutsche Irredenta in Posen.

In Berlin wurde die deutsche Propaganda für die Ostgrenzen gegründet, welche in den an Polen abgetretenen Gebieten die deutsche Kultur erhalten und verbreiten, mit anderen Worten, eine deutsche Irredenta im Osten schaffen soll. Die Stadt Berlin hat beschlossen, das Protektorat über den Ort Wigosze in der Provinz Posen zu übernehmen. An-dere deutsche Städte sollen eingeladen werden, diesem Beispiel zu folgen.

Eine päpstliche Spende für Deutschösterreich.

Papst Benedikt XIV. hat für die Kinder Deutsch-österreichs 30.000 wollene Decken gespendet, wovon das eine Drittel in Wien, die beiden anderen in der Provinz verteilt werden sollen.

Zur Verabschiedung der tschechoslowa-kischen Verfassung.

Ein Wiener Blatt, das der Politik der Annä-herung Deutschösterreichs an die tschechoslowakische Republik bisher nicht unfreundlich gegenüberstand, verurteilt die Form und den Geist des tschechoslo-wakischen Verfassungswerkes, das dieser Tage vom Prager Landtag ohne Zuziehung der nichttschechischen Nationen verabschiedet wurde. Es schreibt: Außerste Rücksichtslosigkeit gegen alles Historische, äußerste Mißachtung alter Tradition in der nationalen Rechts-forderung und im Sprachgebrauch, das sind die Kennzeichen der neuen tschechoslowakischen Verfassung. Alle Schwierigkeiten, alle ungelösten Probleme, an denen die alte Monarchie zugrunde ging, sind als

Erbschaft auf die Tschechoslowakei übergegangen. Sie, nicht unser deutscher Donaufstaat, ist in Wahrheit das neue Oesterreich. Waren aber die Sünden des alten Oesterreich zumeist Unterlassungssünden, so sind die des neuen Oesterreich Todsünden. Herrschte dort fortwurstelnde Schlamperei, so herrscht hier die herausfordernde Gewalt. Hinter dem altösterreichi-schen Regime stand eine mehrhundertjährige Geschichte, stand eine angesehene Dynastie, standen eine Armee und eine Bureaokratie mit mächtigen Traditionen. Wer oder was steht hinter den heutigen Prager Machthabern? Und dennoch glauben sie sich mehr, weit mehr Willkür und Rechtsbeugung gestatten zu können, als die historisch fundierten Mächte des alten Staates sich jemals herausgenommen haben! Die österreichisch-ungarische Monarchie hat durch fast vierhundert Jahre ausgedauert. Es sieht nicht da-nach aus, als ob der Staat, auf den sie ihre Natio-nalitätenmischung vererbt hat, sich auch als so lang-lebig erweisen sollte.

Ein Vorspiel zur Abstimmung im Teschener Gebiet.

Die Polen hatten den tschechischen Gemeindevorstand von Orlova auf dem Wege aus Kiselice verhaftet und in das Gefängnis nach Karwin ent-führt. Zu dessen Befreiung rückte eine Anzahl Tsch-echen aus, deren Bewaffnung aus Knüppeln und Eisenstangen bestand. Auf der Brücke zwischen Kiselice und Karwin kam es zu einer Prügelei, bei der es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. Eine Militärabteilung der Entente-Kommission, die unter der Führung eines italienischen Offiziers zwischen den Streitenden Ruhe stiften wollte, wurde von den Tschechen und Polen gemeinsam angefallen. Die-bei wurde ein französischer Soldat erschossen. Um weiteren Ausschreitungen vorzubeugen, hat die Entente-Kommission über das Teschener Gebiet das Stand-recht verhängt.

Kriegsgefahr zwischen Polen und Rußland.

Die halbamtlich verlautbarten Friedensbestim-mungen für Polen, dem angeblich die Grenzen von 1772 zuerkannt werden, haben in allen Kreisen der russischen Bevölkerung schärfsten Unwillen hervorgeru-fen. Rußland will an die polnische Republik eine Warnung wegen ihrer imperialistischen Tendenzen richten, welche einen neuen Krieg heraufbeschwören.

Die maritime Weltlage.

England besaß vor dem Kriege 47 v. H. der gesamten Handelsflotte; heute ist der Handels-schiffsraum Englands auf 41 v. H. zugunsten Amerikas zurüdgegangen, welches seit Kriegsbeginn seine Handelsflotte vervierfacht, und zugunsten Japans, welches seine Handelsflotte seit 1914 verdoppelt hat. England, Amerika und Japan besitzen heute 70 v. H. des Weltschiffsraumes für Handelszwecke. In der französischen Presse erregt diese Feststellung großes Aufsehen, weil daraus hervorgeht, daß durch die Niederringung Deutschlands nicht nur dieses, sondern ganz Kontinental-Europa einschließlich Frankreichs seine Seegelung eingebüßt hat.

Aus Stadt und Land.

Wahlrecht. Ein hiesiger maßgebender Poli-tiker hat seinerzeit die Aeußerung getar, daß den-jenigen das Wahlrecht vorenthalten werden soll, welche den Minderheitenschutz für sich in Anspruch nehmen. Wir haben gegen diese Auffassung in sachlicher Weise Stellung genommen. Nun wird eine neue Abwan-dlung der uns gegnerischen Idee bekannt. Es soll niemand das Wahlrecht erhalten, welcher gemäß dem Friedensvertrage von St. Germain innerhalb der nächsten zwei Jahre für die deutschösterreichische Staatsbürgerschaft optieren kann. Dieser Absicht kann nur ein oberflächlicher Schein von Recht zuerkannt werden. Wenn man sich in die praktische Durchführung logisch hinein denkt, so wird man sich fogleich von deren Unmöglichkeit überzeugen. Denn erstens war es niemals in den Intentionen des Friedensvertrages gelegen, mit diesem Passus eine Entscheidung über die Wahlberechtigung zu treffen, und zweitens kann es nirgends eine Judikatur da-für geben, wer am Ende dieser zwei Jahre vom Rechte, für Deutschösterreich zu optieren, Gebrauch gemacht haben wird. Der Familienname bietet keine Handhabe, sonst könnte ja auch manch unzweifelhaft wahlberechtigter Staatsbürger einer äußerlichen Zu-fälligkeit zum Opfer fallen. Das Bekenntnis zur Nationalität, zu dessen Feststellung von Amtswegen bisher keinerlei Anstalten getroffen wurden, liegt in

rechtsgültiger Form nirgends vor und zwingt auch noch lange nicht zur Option für Deutschösterreich. Außerdem ist, wie unsere Gegner wiederholt behaupten, das Bekenntnis zum Volkstum wandelbar und ob Deutschösterreich umgewandelte Existenzen wahllos aufnehmen wird, erscheint durchaus nicht sicher. Die abgelehnten Optanten müßten also gegebenenfalls doch wieder in unserem Staatsverbande verbleiben. Mit einer falschen Auslegung des Friedensvertrages ist daher vom Rechtsstandpunkte nichts anzufangen. Es ist, um ein extremes Beispiel zu gebrauchen, geradezu, als wenn der Richter jemanden in den Kerker werfen wollte, weil dieser Jemand später einmal gegen die Gezehe verstoßen kann. Die Deutschen nehmen diesen neuen Anschlag auf ihre natürlichen Rechte als Staatsbürger, die sie sich durch Leistung und Arbeit verdienen, zur Kenntnis. Aber daß gleichzeitig nicht auch ihre Gesellschaftsfähigkeit, daß gleichzeitig nicht auch die Möglichkeit, mit Angehörigen der Staatsnation zu verkehren, in Zweifel gezogen wird, nimmt wunder. Oder sollte es wirklich möglich sein, daß man bei Tag die Sicherheit und sonstige primitive Rechte eines Staatsbürgers entbehren soll und dann am Abend noch tanzen muß?

Eine Cillier Sprachenverordnung hat der städtische Beirat erlassen. Darnach dürfen alle Ankündigungen (also auch solche für private Veranstaltungen wie Bälle, Tanzfränzchen, Konzerte, Vereinsabende usw.) im Bereiche der Stadt Cilli ausschließlich in slowenischer Sprache veröffentlicht werden, gleichgültig wo und wie immer, gleichgültig ob mit öffentlichem Maueranschlag oder mit Zetteln in den Auslagen.

Das andere hiesige Blatt bringt die Cillier Sprachenverordnung seinen Lesern in auffälligem Druck zur Kenntnis und behauptet fünf Zeilen später, daß dem Deutschtum hierzulande nirgends ein Unrecht geschehe. Da wir nicht über ein so kompliziertes Denkvermögen verfügen, um nach dieser Gegenüberstellung die logische Brücke zwischen Recht und Unbill herzustellen, so sind wir auf die vage Vermutung angewiesen, daß Recht und Billigkeit auf dem Wege von der Theorie in die Praxis sich ins Gegenteil verwandeln.

Ein sinnstörender Druckfehler im zweiten Leitartikel unserer letzten Nummer betitelt „Notenkonvertierung“ muß hiermit berichtigt werden. Es soll dort nicht heißen: Länger als ein Jahr hat der größte Teil der Presse in unserem Gebiete über dieses Problem (Umwandlung der Kronennoten in Dinar) geschrieben; sondern, wie natürlich auch aus unseren sonstigen Aufsätzen hervorgeht, daß der größte Teil der hiesigen Presse dazu geschwiegen hat.

Die gesetzliche Arbeitszeit für die Stadt Cilli wurde zufolge Gremialbeschlusses ab 15. März neu geregelt. Für die Buch- und Papierhandlungen gilt die Zeit von 1/8 Uhr vorm. bis 12 Uhr mittags und von 1/2 Uhr bis 5 Uhr nachm.; für alle übrigen Geschäfte von 1/8 Uhr vorm. bis 1/2 1 Uhr nachm. und von 2 bis 5 Uhr nachm. An Sonntagen bleiben die Geschäfte wie bisher geschlossen.

Der Gaspreis wurde mit 1. März auf 6 K für den Kubikmeter festgesetzt.

Verloren wurden eine gestochene Handtasche, enthaltend 20 K; ferner eine schwarzlederne Geldtasche, enthaltend 20 K und ein Bild.

Aus der Umgebungsgemeinde Cilli mehren sich die Klagen über die beim dortigen Gemeindevorstand herrschende Autokratie, die sich in der Person des Gemeindevorstandes verkörpert. Die Parteien werden barsch angefahren und müssen wegen jeder geringfügigen Sache, wie Unterschrift oder dergl., des jeweiligen Wärtens ungeduldet, zuweilen mehrere Tage nacheinander den Weg zum Gemeindevorstand zurücklegen. Daß jeglicher Zeitverlust auf die Einzelwirtschaft ungünstig einwirkt, ist leicht zu begreifen, den Mitmenschen aber unnützen Zeitverlust zu ersparen, erfordert schon die unentwickelteste Rücksicht. Es ist recht bedauerlich, daß manche Gemeindevorstände sich nicht zur Erkenntnis durchzuringen vermögen, daß sie ihre Funktion auf die Wohlfahrt und Zufriedenheit der Bevölkerung, nicht aber auf die eigene Eitelkeit einzustellen haben. In einem demokratischen Staate sollte die zur Schau getragene Amtsmiene mit einem freundlichen Gesicht nicht in unbedingtem Widerspruch stehen.

Aus Oberloitsch schreibt ein Berichterstatter dem Slovenski Narod, daß das dortige slowenische Pfarramt im schriftlichen Verkehr die deutsche Amtssprache eingeführt habe. Denn die zuständige italienische Landesbehörde in Triest verstehe die slowenische Sprache nicht, das Oberloitscher Pfarramt wieder sei der italienischen Sprache unkundig. Daher werde behufs Verständigung von beiden Seiten das Schwäbische angewendet. An diese Meldung knüpft der Einsender die Bemerkung, daß es nach dem fünfjährigen Weltkriege gegen das Deutschtum noch immer Slowenen gebe, welche sich in der Knechtschaft behaglich fühlten und die heimische Sprache mißachteten. Wir können es uns nicht versagen, über diese Kritik unsere Überraschung auszusprechen. Denn daß die Slowenen gegen die deutsche Sprache fünf Jahre Krieg geführt hätten, ist uns völlig neu. Die Deutschen in Jugoslawien und wohl auch unsere Volksgenossen im geschlossenen deutschen Sprachgebiete haben absolut keinen Nutzen, wenn sich slowenische Volksgenossen mit Italienern oder eventuell auch slawischen

Völkern in der deutschen Sprache verständigen. Die Deutschen sind an einer solchen Knechtung gänzlich unbeteiligt. Sie haben weder Vorteil noch Interesse, wenn andere Leute die deutsche Sprache verwenden oder erlernen, und überlassen es völlig dem Urteil anderer Völker, jene Sprache zu gebrauchen, die ihnen am zweckmäßigsten erscheint. Die Deutschen in diesem Staate werden sich nicht nur zwangsweise, sondern auch freiwillig die Staatsprache aneignen, weil sie den Wert jeglicher Sprachkenntnis zu schätzen wissen, obgleich für viele Deutsche im vorgeschrittenen Lebensalter das Sprachstudium nicht mehr ganz durchführbar ist. Die Deutschen in Jugoslawien verlangen nur, daß ihnen der Gebrauch ihrer Sprache auch im öffentlichen Verkehr gewährleistet und ihren Kindern in den Schulen die Möglichkeit zur Erlernung der deutschen Muttersprache geboten werde. Ob die Slowenen unter sich oder mit Italienern Deutsch sprechen, ob sie ihre Kinder Deutsch lernen lassen, ist den deutschen Bürgern dieses Staates absolut gleichgültig.

Praktischer Kommunismus. Zu einer kommunistischen Versammlung, die vor einiger Zeit in Schischla bei Laibach abgehalten wurde, waren auch einige Sozialdemokraten, unter anderen der frühere Minister Kristan, erschienen. Hierbei wurde Friedrich, der fünfzehnjährige Sohn des Ministers, tätlich angegriffen und schwer verwundet. Dem Vater Kristan aber, so erzählt Naprej, stahlen die Kommunisten die Krawatte, eingedenk des Spruches: Was kein ist, soll mein sein.

Wirtschaft und Verkehr.

Der Kronennotenumlauf. Nach dem Ausweis der österreichisch-ungarischen Bank betrug der Notenumlauf am 29. Februar 59,2 Milliarden. Davon entfielen auf Deutschösterreich 14,29 Milliarden. Der Umlauf in Ungarn wird auf 15 Milliarden geschätzt. In der Tschechoslowakei waren seinerzeit nach Angaben des Finanzministers Raschin 7 Milliarden Kronennoten im Umlauf; diese Ziffer dürfte keine wesentliche Änderung erfahren haben. In Jugoslawien wurde der Umlauf nach Durchführung der Abtempelung mit sechs Milliarden angegeben, in Polen wird er auf fünf, in Rumänien auf vier Milliarden geschätzt. Von den noch verbleibenden acht Milliarden dürfte ein Teil in den von Italien annektierten Gebieten gegen Lire umgetauscht worden sein. Der Rest befindet sich im alten Ausland.

Saldokontist oder Buchhalter

sowie eine **Kontoristin**, mit entsprechenden Vorkenntnissen, in Wort und Schrift der deutschen und slowenischen Sprache mächtig, in Stenographie und Maschinschreiben bewandert, werden sofort für eine Grosshandlung in Laibach gesucht. Vorkenntnisse, Alter, sowie Ansprüche unter „Verlässlich 25723“ an die Verwaltung dieses Blattes zu richten.

Wirtschaftlerinnen

für Landwirtschaft, Köchinnen, Mädchen für Alles die kochen können, Pferdeknecchte sucht Louise Sager, Dienstvermittlung, Cilli, Bahnhofgasse Nr. 9.

Ignaz Krainz

Gerbergehilfe und Zurichter, wird gebeten, seine Adresse an Frau Maria Brisnik, Gerberswitwe in Ceglje, Franz bei Cilli bekanntzugeben.

Ein Paar 25737

Arbeitskraft

hochintelligenter, welterfahrener, technisch gebildeter Kaufmann möchte die Leitung eines Betriebes oder Geschäftes übernehmen, eventuell in solches einheiraten. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 25726

Grosses Oelgemälde

(Frauenporträt), feines Tafelservice für 6 Personen, zu verkaufen. Schulgasse 18, parterre links. Von 2-3 Uhr.

Wohnung und Kost

für einen Lehrjungen wird gesucht. Anträge unter „Lehrjunge 25742“ an die Verwaltung des Bl.

Damen-Lackhalbschuhe

Nr. 39, fast neu, um 400 K und ein Paar Galoschen Nr. 40, sehr gut erhalten, um 200 K zu verkaufen. Adresse in der Verwaltung d. Bl.

Junge geschiedene Frau sucht Posten als

Wirtschaftlerin

zu einem alleinstehenden älteren Herrn. Gefl. Anträge an die Verwaltung des Blattes. 25731

Junger Bursche

oder Mädchen vom Lande für Hausarbeiten gesucht. Anzufragen aus Gefälligkeit beim Lohndiener im Hotel Balkan.

Danksagung.

Husserstande für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme anlässlich des Ablebens unseres geliebten Gatten, bzw. Vaters, des Herrn

Franz Sellak

persönlich zu danken, sprechen wir allen unseren Verwandten, Freunden und Bekannten auf diesem Wege unseren tiefstgefühlten Dank aus.

Josefine Sellak mont. Franz Sellak
Gattin. Sohn.

Trotz Preissturzes zahle ich noch immer die höchsten Preise für

rohe Marder, Füchse, Iltisse, Maulwürfe

J. Hanzl, Wien, VI., Mariahilferstr. 34-39.